

Stand: 23.02.2026 02:39:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8020

"70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen - Versöhnung statt Vergeltung!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8020 vom 27.05.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 28.05.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8915 des SO vom 02.07.2020
4. Beschluss des Plenums 18/9217 vom 09.07.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Sylvia Stierstorfer, Karl Freller, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Dr. Petra Loibl, Helmut Radlmeier, Martin Schöffel, Bernhard Seidenath, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler** und **Fraktion (CSU)**

70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Versöhnung statt Vergeltung!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Heimatvertriebenen mussten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1945 und 1946 zusätzlich zu den Schrecken des Krieges – Entbehren, Gefangenschaft, Tod – auch noch den Verlust ihrer Heimat hinnehmen. Das Unrecht der Vertreibung brachte über die Menschen im Sudetenland, in Schlesien und anderen ehemals deutsch besiedelten Gebieten, zusätzliches unermessliches Leid. Trotz des erzwungenen Verlustes ihrer Heimat und in lebhafter Erinnerung des erlittenen Unrechts, haben die deutschen Heimatvertriebenen frühzeitig einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der europäischen Integration geleistet. Mit ihrer Charta, deren Verabschiedung sich am 5. August 2020 zum 70. Mal jährt, verzichteten sie „im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen“ auf „Rache und Vergeltung“ und bekannten sich zur „Herbeiführung eines freien und geeinten Europas“. Parallel zu ihrer erfolgreichen Eingliederung in die deutsche Nachkriegsgesellschaft schufen sie so eine wesentliche Voraussetzung für Frieden und Versöhnung in Europa. In Bayern zeigte sich dies gerade in den letzten Jahren durch den Anteil der Sudetendeutschen Landsmannschaft an der Aussöhnung und Partnerschaft mit Tschechien.

Vor diesem Hintergrund würdigt der Landtag die Charta der deutschen Heimatvertriebenen und fordert die Staatsregierung auf, diesen Jahrestag zum Anlass zu nehmen, um an den Schulen in Bayern auch jenseits des unmittelbaren Gedenkens auf eine intensive Behandlung der Nachkriegszeit hinzuwirken, z. B. durch Projektstage, Vorträge und Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche oder einen Schülerwettbewerb. Dabei sollen gerade auch die Themen Flucht und Vertreibung, die Aussöhnung der Völker nach 1945 sowie die Charta der deutschen Heimatvertriebenen als eine der Grundlagen des Verständigungsprozesses in Europa und damit der europäischen Integration seit 1950 einen angemessenen Stellenwert erhalten.

Begründung:

1945 endete die menschenverachtende NS-Herrschaft, die Millionen von Menschen das Leben gekostet hatte. Aber auch nach dem Krieg geschahen weitere Gewalttaten, von denen die deutschen Bewohner in ihren historischen Ost- und Siedlungsgebieten in besonderer Weise betroffen waren. Millionen mussten fliehen oder wurden das Opfer von Vertreibung. Eingedenk dieser und anderer Verwerfungen stellte insbesondere die unmittelbare Nachkriegszeit die Zeitgenossen vor immense menschliche, wirtschaftliche, aber auch moralische und politische Herausforderungen. Dass diese, bei allen

Fehlern und Versäumnissen, letztlich erfolgreich gemeistert wurden, ist eine beachtliche historische Gesamtleistung.

Gerade die erfolgreiche Eingliederung von zwölf Millionen deutschen Heimatvertriebenen und ab 1950 von weiteren 4,5 Millionen Aussiedlern und Spätaussiedlern verdient eine besondere Würdigung. Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, deren Verabschiedung sich in diesem Jahr zum 70. Mal jährt, hat wesentlich zum Versöhnungsprozess mit den früheren Heimatstaaten beigetragen und soll daher als bahnbrechendes Zeitdokument in den Blick genommen werden. Sie hat grundlegende Bedeutung, weil sie bereits wenige Jahre nach der Vertreibung den Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie die Schaffung eines geeinten Europas in den Mittelpunkt stellt. Diese historisch beispiellose Leistung ist von maßgeblichen Historikern, wie z. B. zuletzt von Prof. Michael Wolffsohn immer wieder hervorgehoben worden.

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit diesen entscheidenden Jahren zwischen 1945 und 1950 anlässlich der historischen Gedenktage in geeigneter, differenzierter und altersgemäßer Art und Weise auseinandersetzen. Die eingehende Beschäftigung mit diesem Themenkomplex leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, die großen Errungenschaften der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Aussöhnung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg zu erkennen. Die daraus resultierende Wertschätzung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Überwindung von Krieg und Spaltung in Europa gibt Schülerinnen und Schülern Halt und Orientierung in heutigen politischen Auseinandersetzungen.

dass auch Erzieherinnen und Erzieher die Gelegenheit bekommen, sich freiwillig testen zu lassen. Wir wollen an Tests nicht sparen. Sie können sich an meine Rede von vor circa eineinhalb Stunden erinnern.

Wir streben auch die Rechtssicherheit für die Kostenträgerschaft an, wie Sie an unserem vorherigen Antrag ebenfalls erkennen können. Ihr Antrag behandelt aber nichts, was die Bayerische Staatsregierung nicht bereits auf dem Schirm hat.

Ein überstürztes Vorgehen mit einer kompletten Öffnung der Einrichtungen halten wir für fahrlässig. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab, ebenso die nachgezogenen Anträge von AfD, SPD und FDP.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Enders. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Da wir bereits etwas über dem Sitzungsende 18 Uhr sind, können wir die Dringlichkeitsanträge unter Rangziffer 5 heute nicht mehr abstimmen und werden dies in der nächsten Plenarsitzung nachholen. Das gilt für die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8015, 18/8073, 18/8074 und 18/8075.

Die Rangziffer 6 der heutigen Dringlichkeitsanträge mit den Dringlichkeitsanträgen auf den Drucksachen 18/8016 und 18/8076 kann wegen des Sitzungsendes heute auch nicht mehr beraten werden. Die Dringlichkeitsanträge werden nach § 60 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung in den Haushaltsausschuss verwiesen.

Zudem werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8017 bis 18/8021 und 18/8077 im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

TOP 7 und TOP 8 können heute gleichermaßen nicht mehr aufgerufen werden.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Offiziantinnen und Offizianten für das gesundheitspräventive Engagement für uns alle. Ein herzliches Dankeschön.

Ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die konzentrierten Beratungen und wünsche Ihnen einen schönen Abend und frohe Pfingstferien. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:03 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 18/8020

70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen - Versöhnung statt Vergeltung!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Sylvia Stierstorfer**
Mitberichterstatlerin: **Eva Lettenbauer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 27. Sitzung am 18. Juni 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 26. Sitzung am 2. Juli 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Sylvia Stierstorfer, Karl Feller, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Dr. Petra Loibl, Helmut Radlmeier, Martin Schöffel, Bernhard Seidenath, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/8020, 18/8915

70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Versöhnung statt Vergeltung!

Der Landtag stellt fest:

Die Heimatvertriebenen mussten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1945 und 1946 zusätzlich zu den Schrecken des Krieges – Entbehrungen, Gefangenschaft, Tod – auch noch den Verlust ihrer Heimat hinnehmen. Das Unrecht der Vertreibung brachte über die Menschen im Sudetenland, in Schlesien und anderen ehemals deutsch besiedelten Gebieten, zusätzliches unermessliches Leid. Trotz des erzwungenen Verlustes ihrer Heimat und in lebhafter Erinnerung des erlittenen Unrechts, haben die deutschen Heimatvertriebenen frühzeitig einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der europäischen Integration geleistet. Mit ihrer Charta, deren Verabschiedung sich am 5. August 2020 zum 70. Mal jährt, verzichteten sie „im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen“ auf „Rache und Vergeltung“ und bekannten sich zur „Herbeiführung eines freien und geeinten Europas“. Parallel zu ihrer erfolgreichen Eingliederung in die deutsche Nachkriegsgesellschaft schufen sie so eine wesentliche Voraussetzung für Frieden und Versöhnung in Europa. In Bayern zeigte sich dies gerade in den letzten Jahren durch den Anteil der Sudetendeutschen Landsmannschaft an der Aussöhnung und Partnerschaft mit Tschechien.

Vor diesem Hintergrund würdigt der Landtag die Charta der deutschen Heimatvertriebenen und fordert die Staatsregierung auf, diesen Jahrestag zum Anlass zu nehmen, um an den Schulen in Bayern auch jenseits des unmittelbaren Gedenkens auf eine intensive Behandlung der Nachkriegszeit hinzuwirken, z. B. durch Projekttag, Vorträge und Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche oder einen Schülerwettbewerb. Dabei sollen gerade auch die Themen Flucht und Vertreibung, die Aussöhnung der Völker nach 1945 sowie die Charta der deutschen Heimatvertriebenen als eine der Grundlagen des Verständigungsprozesses in Europa und damit der europäischen Integration seit 1950 einen angemessenen Stellenwert erhalten.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Andreas Winhart

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Raimund Swoboda

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen - Versöhnung statt Vergeltung! (Drs. 18/8020)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung wiederum 32 Minuten. Ich darf als erste Rednerin Frau Sylvia Stierstorfer von der CSU-Fraktion aufrufen.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr gedenken wir 75 Jahre Flucht und Vertreibung. Millionen Menschen haben damals ihre Heimat verloren und dabei großes Leid erfahren. Sie waren Opfer von Krieg und Gewalt. Viele haben das nicht überlebt. Andere sind nach Bayern gekommen und haben bei uns eine neue Heimat gefunden. Das alles ist noch gar nicht so lange her – gerade einmal 75 Jahre. Das ist fast Zeitgeschichte.

Ich finde, die jungen Menschen in unserem Land müssen wissen, was ihre Großeltern und ihre Urgroßeltern erlebt haben. Es war nicht einfach, Millionen Vertriebene in unsere Gesellschaft einzugliedern. Das war viel verlangt – von beiden Seiten, den Einheimischen und den Vertriebenen. Aber es ist gelungen. Anschließend haben die Vertriebenen zum Wiederaufbau und zum Wohlstand Bayerns viel beigetragen. Das ist ein Verdienst gerade der Vertriebenenverbände. Ich danke dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften sehr dafür, was sie damals geleistet haben und auch heute noch leisten. Danke schön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben in die Zukunft geschaut, nicht in die Vergangenheit. Sie haben den Zusammenhalt unter den Vertriebenen gestärkt und ihre Landsleute dazu aufgefordert, sich

hier eine neue Heimat aufzubauen. Das war so kurz nach dem Krieg eine große Leistung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine noch größere Leistung war es, die Hand zur Versöhnung auszustrecken. Mit ihrer Stuttgarter Charta von 1950 haben die Heimatvertriebenen den Kreislauf der Gewalt durchbrochen und gesagt: Wir haben ein Recht auf Heimat, aber noch wichtiger ist uns der Frieden. Die Lösung liegt nicht im Nationalismus, sondern in Europa. – Das ist eine Botschaft, die ihrer Zeit weit voraus war.

Das hat schon der damalige Bundespräsident Theodor Heuss so gesehen, als er die Charta "ein Dokument des Mutes, der Weisheit und der Tapferkeit" nannte. Diese Einschätzung gilt bis heute. Die Charta wird seither parteiübergreifend als Meilenstein in Richtung Frieden, Versöhnung und Europa anerkannt.

Da die Charta so bedeutend ist, habe ich erst am vergangenen Montag zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung ein Fachforum dazu veranstaltet. Auf dem Podium war neben anderen auch Horst Teltschik. Ende Juli wird die Gesprächsrunde auf ARD-alpha gezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Charta war ein Meilenstein der Geschichte. Deshalb gehört sie als verbindlicher Lehrstoff in unsere Schulen. Die jungen Menschen in unserem Land sollen und müssen sich stärker mit Flucht und Vertreibung und den ersten Nachkriegsjahren beschäftigen. Das ist nämlich nicht nur die Geschichte ihrer Familien; das Kriegsende und die ersten Jahre danach sind auch die Zeit, in der vielen Menschen klar wurde, dass die Lösung für all die Probleme in ihrem Leben nur in mehr Zusammenhalt liegen kann, in Freiheit und Demokratie und vor allem in der Verständigung, der Versöhnung und der Zusammenarbeit der europäischen Länder.

Gerade heute, wo viele Menschen ihre Zweifel an Europa haben, ist das Wissen darum, was Krieg und Gewalt zerstört haben, wichtiger denn je. Je mehr unsere Kinder darüber Bescheid wissen, desto mehr stärkt das Frieden, Freiheit und Demokratie in unserer Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Stierstorfer. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Abgeordnete Gülseren Demirel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Heimatvertriebenen ist großes Unrecht widerfahren. Diese Tatsache wird oft, auch in vielen Teilen der deutschen Gesellschaft, ignoriert, und das, obwohl die Vertriebenen viel für unsere Gesellschaft getan haben. Ihr Engagement für den Wiederaufbau und ihr Beitrag zur kulturellen Vielfalt verdienen es, gewürdigt zu werden.

Die Versöhnung zwischen den Ländern Osteuropas und Deutschland muss dabei immer wieder gepflegt und kontinuierlich vertieft werden. Dazu leisten die Vertriebenenverbände einen wichtigen Beitrag. Es ist dabei unverzichtbar, dass die Verbrechen benannt werden und dass der Opfer gedacht wird.

Es gehört aber auch dazu, dass die Ursache für die millionenfache Vertreibung explizit benannt wird: die fatale Expansionspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Daher sind der Frieden in Europa, die demokratische, rechtsstaatliche Ordnung in Deutschland und Osteuropa sowie die Integration der Heimatvertriebenen große Errungenschaften. Daher begrüße ich, dass Sie sich kontinuierlich um konstruktive Nachbarschaft gerade zu den Ländern Osteuropas bemühen.

Generell möchte ich aber anmerken, dass es nicht gut ist, wenn der Landtag in einem Antrag von einem Verzicht auf Rache und Vergeltung spricht. Rache und Vergeltung sind per se keine angemessenen Kategorien und sollten der CSU daher auch nicht als Maßstab gelten. Das Leid und die Verbrechen in den verschiedenen Ländern durch die Nationalsozialisten dürfen natürlich nicht ausgeklammert werden. In den Gesprä-

chen mit den Vertriebenenverbänden, die ich immer wieder führe, habe ich dafür sehr viele gute Ansätze kennengelernt. Daher habe ich selbst großes Verständnis und Respekt für die Arbeit der Verbände. Es tut mir leid, dass die Feier zum 70-jährigen Bestehen, worauf wir beide uns besonders gefreut haben, wegen Corona nicht stattfinden konnte.

Als Mitglied des Landtags würdige ich die Errungenschaften der Vertriebenen in Bayern. Ihr Beitrag zur kulturellen Vielfalt gehört unterstützt und ihre Geschichte gepflegt. Ich sehe dies weniger als eine punktuelle Aufgabe und nicht nur als Aufgabe im Rahmen eines Projekttags, sondern es sollte mehr eine Querschnittsaufgabe unserer Gesellschaft sein. Wir müssen die Themen Flucht und Vertreibung in einem viel größeren Zusammenhang betrachten und ihnen daher mehr Raum geben. Entsprechend ist unsere Zustimmung zu diesem Antrag gleichzeitig auch die Bitte, dass wir als demokratische Fraktionen gemeinsam überlegen, wie wir den diversen Erfahrungen von Vertreibung, Flucht und kultureller Diversität in Bayern mehr Aufmerksamkeit schenken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl, FREIE WÄHLER-Fraktion.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedem von uns ist es schon widerfahren, jeder von uns kennt die Erfahrung von erlittenem Unrecht. Da ist es durchaus reflexhaft so, dass die Gedanken an Vergeltung nicht fernliegen. Jetzt sprechen wir aber hier nicht von einfachem Unrecht, sondern von Unrecht einer besonderen Dimension. Die Heimatvertriebenen haben ihre Heimat, ihr Hab und Gut und teilweise liebe Menschen, die getötet wurden, verloren; die Familien wurden auseinandergerissen – ein Leid, wie man es sich heute nur schwerlich vorstellen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das in dem Kontext der Nachkriegszeit – einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – sieht, dann gibt das eine besondere Note. Frau Kollegin, Sie haben natürlich recht, dass das Ganze in einem historischen Kontext zu betrachten ist. Der Zweite Weltkrieg, von Deutschland begonnen, hat unsägliches Leid über diesen Kontinent gebracht, und natürlich hat der Zweite Weltkrieg eine Ursache gesetzt, aber er kann nicht als Rechtfertigung für dieses Unrecht herhalten; denn es hat eine ganz spezifische Gruppe getroffen, wenn ich jetzt die Sudetendeutschen nehme. Die Sudetendeutschen waren im Jahr 1933, als das Unheil seinen Anfang nahm, überhaupt nicht Bestandteil des Deutschen Reiches und konnten deshalb Hitler damals gar nicht mitwählen. Ich denke, das sollte man hier der Ehrlichkeit halber einmal sagen.

Vor diesem Hintergrund haben sich fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Heimatvertriebenen zu einer Charta zusammengefunden und haben erklärt, dass sie auf Vergeltung und Rache verzichten. Frau Kollegin, das Wort "Verzicht" sollte im Mittelpunkt stehen, nicht Vergeltung und Rache. Vergeltung und Rache wären durchaus nachvollziehbar. Aber nein, sie haben gesagt: Wir reichen die Hand, wir schauen nach vorne.

Ich sage Ihnen: Was damals geschehen ist, ist die Grundlage dafür, dass sich nach dem Fall der Mauer, nach der Beendigung der kommunistischen Unrechtsregime im Osten Europas, eine neue Qualität der Völkerverständigung entwickeln konnte. Was wir aktuell – ich sage das beispielhaft – im Verhältnis zwischen Bayern und Böhmen, Bayern und Tschechien beobachten, wäre vor dreißig Jahren nicht vorstellbar gewesen. Ich sage das als jemand, der nicht nur durch seinen Vater einen Vertriebenenhintergrund hat, sondern auch als jemand, der in der Stadt Kaufbeuren wohnt, wo die größte Vertriebenenensiedlung Europas mit dem Stadtteil Neugablonz besteht. Diese Menschen haben, anstatt ihr Schicksal zu beweinen und wütend auf Vergeltung zu sinnen, die Hand ausgestreckt, ihr Schicksal in ihre Hände genommen und Deutschland und Bayern wieder aufgebaut. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal

sagen. Das sollte jeder Politiker des Bayerischen Landtags Tag für Tag beherzigen. Die Heimatvertriebenen haben einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass Bayern heute so dasteht. Sie haben einen ganz wesentlichen Anteil an der Aufbauleistung nach dem Zweiten Weltkrieg. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in gleicher Weise muss man es respektieren und anerkennen und als ganz große Leistung hervorheben, dass die Heimatvertriebenen den Weg nach vorne gegangen sind in einer Zeit, als Versöhnung europaweit nicht auf der Agenda stand, als man auf deutscher Seite verständlicherweise noch Aufräumarbeiten zu bewältigen hatte – körperlich, aber auch moralisch – und durchaus nicht unbedingt im Sinne hatte, friedlich und geeint zusammenzuleben.

Liebe Freunde, ich freue mich sehr, dass die CSU-Fraktion gemeinsam mit uns – wir sind nicht Mittragsteller, aber wir waren an dem Antrag maßgeblich beteiligt – diesen Antrag auf den Weg gebracht hat, und bitte Sie alle um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Andreas Winhart, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Statt mit einem Dringlichkeitsantrag an die Charta der Heimatvertriebenen zu erinnern und dazu Aktionstage an Schulen zu fordern, sollten sich die Antragsteller lieber dafür entschuldigen, dass sie den Heimatvertriebenen in den letzten Jahren das Leben vielleicht etwas schwergemacht haben. Letztes Jahr wollten Sie uns hier Ihre Anbiederung an die Tschechei mit den deutschlandfeindlichen Beneš-Dekreten als "Partnerschaft auf Augenhöhe" verkaufen. Dieses Jahr interpretieren Sie das Leid und

das Schicksal der Heimatvertriebenen dreisterweise in "Sehnsucht nach einem vereinten Europa" um.

Werfen wir einmal einen Blick in die Charta. Was steht denn genau drin? – Ich zitiere –:

Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Deutschland eine willkürliche Grenzziehung der Besatzer nach kolonialem Vorbild. Ungarn gedenkt bis heute seiner Zerstückelung. Hinzu kamen Vertreibungen nach dem Ersten Weltkrieg. Gerade auch die ungarische Regierung steht hinter diesem Gedenken. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde beispielsweise auch Polen ein Opfer dieser Siegerpolitik. Durch die erzwungene Westverschiebung verloren Millionen Polen ihre angestammte Heimat im heutigen Weißrussland und in der Westukraine, die von Stalin der damaligen Sowjetunion einverleibt wurden. Hier treffen sich die Schicksale von Deutschen und Polen; denn die Verlegung des gesamten polnischen Staatsgebietes von Ost nach West um Hunderte Kilometer ging auf Kosten der deutschen Ostgebiete. Folglich wurden Millionen Deutsche, hauptsächlich Frauen und Kinder, zu Opfern. Wie erklären Sie die Umwandlung dieser Opferrolle entsprechend Ihrem Antrag in eine Sehnsucht nach einem vereinten Europa zum Beispiel – nehmen wir mal einen fiktiven Fall – einer nach Kriegsende von tschechischen Partisanen vergewaltigten sudetendeutschen Frau – das ist tausendfach passiert –, deren Mann im Krieg gefallen war, die nicht wusste, wie sie ihre Kinder ernähren sollte, deren Leben im Zuge der Beneš-Dekrete bedroht war und die vielleicht für immer ihre angestammte Heimat verlassen musste? Wie wollen Sie dieser gebrochenen Frau oder ihren Nachkommen dieses Schicksal verkaufen? Indem Sie sagen, das ist der Weg zum europäischen Frieden gewesen?

Man kann den deutschen Heimatvertriebenen ihren Versöhnungswillen in der vor 70 Jahren verfassten Charta nicht hoch genug anrechnen. Das möchte ich an dieser

Stelle betonen. Diese leistete einen bahnbrechenden Beitrag zur Verständigung der Völker, der seitdem immer wieder hervorgehoben wird. Es bleibt den Vertriebenen aber auch nicht viel anderes übrig, wollten sie den Wunsch, eines Tages wieder in ihrer angestammten Heimat zu leben oder ihren Hof, ihr Land, wiederzubekommen, nicht endgültig begraben. Viele hoffen noch bis heute darauf, dass das ihnen angetane Unrecht wieder zurückgenommen wird.

Es geht nicht darum, dass sich Deutschland wieder die Ostgebiete krallt. Das ist vollkommen klar. Es geht um eine Anerkennung des Leides der Heimatvertriebenen, der Verbrechen anderer Völker an Deutschen durch die deutsche Politik – wie es jede andere Nation auch tut. Zwischen 12 und 14 Millionen Vertriebene und 2 Millionen während der Vertreibung ermordete Deutsche nach Ende des Zweiten Weltkrieges sprechen ihre klare Sprache.

Aufgrund der Gleichgültigkeit der Politik gegenüber Enteignung und Vertreibung gegenüber den Vertriebenenverbänden hat nicht erst seit der Regierungszeit von Herbert Frahm, besser bekannt unter seinem kommunistischen Kampfnamen Willy Brandt, der Spruch "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" seine Gültigkeit bekommen und bis heute behalten. Und noch mehr: Alle andere Parteien schließen sich diesem Credo scheinbar an.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir brauchen keine Aktionstage an Schulen, sondern eindeutige Signale, beispielsweise die Beneš-Dekrete abzuschaffen, Gedenken an das Leid würdig zu gestalten und aktiv das Unrecht von damals zu berichtigen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Winhart, vielleicht hätte es Ihnen gut getan, wenn Sie in der Schule die historischen Zusammenhänge auch wirklich mal durchgesprochen und daraus gelernt hätten. Ich will der AfD mal entgegenhalten: Die Heimatvertriebenen wissen genau, dass nur Europa die Lösung für ein modernes Volksgruppenrecht ist.

(Beifall bei der SPD)

Nur Europa! Und Sie sind Gegner von Europa. Die Heimatvertriebenen wissen genau, dass die schlimmsten Feinde der Heimatvertriebenen die Nationalisten und Rechtspopulisten in West- und Osteuropa sind.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören Sie. Die Heimatvertriebenen, speziell die Sudetendeutschen, wissen genau, mit wem Sie paktieren, beispielsweise mit einem Vaclav Klaus in Tschechien, der permanent die sudetendeutsche Seite denunziert hat. Das ist ihr engster Freund in Tschechien, der immer wieder Partner der AfD ist.

Seien Sie ruhig, wenn es um die Fragen der Heimatvertriebenen geht, lernen Sie aus der Geschichte! Sie haben die deutsche Geschichte während der Zeit des Nationalsozialismus als "Fliegenschiss" bezeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Wer so ignorant gegenüber der eigenen Schuld und der eigenen Geschichte ist, braucht sich nicht hinzustellen. Nur der, der akzeptiert, dass wir Deutschen Schuld auf uns geladen haben, kann sich darauf berufen, dass wir erwarten, dass andere ihre Fehler auch analysieren und sich dazu bekennen. Aber die AfD ist die letzte politische Kraft hier in Deutschland, die darauf einen Anspruch hätte.

(Beifall bei der SPD)

Verlogenheit ist Ihre Devise in dieser Frage.

Die Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen, deren 70. Jahrestag wir in diesem Jahr begehen, ist nicht nur ein zentrales Dokument, sondern ist auch prägend für die gesamte Nachkriegsgeschichte, bis heute.

Natürlich – Kollegin Demirel hat es angedeutet – muss man sich auch ab der Charta durchaus Fragen stellen. Es war aber damals die gesamte Nachkriegszeit bis in die 1960er-Jahre davon geprägt, dass es einen weißen Fleck für die eigene Schuld gibt. Das ist auch der Charta ein Stück weit zu entnehmen. Das hat man den Verfassern auch vorgeworfen. Die geschichtliche und politische Einordnung der Vertreibung in die Geschichte davor, also die Schrecken der deutschen Okkupation, die Massenvertreibungen, die Liquidation ganzer Völkerschaften unter deutscher Herrschaft, all das fehlt in der Charta, ebenso wie das Bekenntnis zur eigenen Schuld bei den Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen vor 1945. Aber natürlich ist das ein weißer Fleck, der die ganze deutsche Nachkriegsgesellschaft betrifft. Ich will das an dieser Stelle nur sagen.

Ein weiterer Punkt, der auch kritisiert worden ist, ist der fundamentale Satz: "Wir verzichten auf Rache und Vergeltung." Das ist nach meinem Verständnis ein wertvolles Bekenntnis, eine Grundlage für die Aussöhnung. Er kann aber auch missverstanden werden, denn wie hätten Rache und Vergeltung ausgesehen? – Der jüdische Publizist Ralph Giordano hat zum 60. Jahrestag der Charta gefragt: Wer oder was ist von deutscher Rache und Vergeltung verschont geblieben, und wem hätte sie gegolten? – Diese Frage kann man stellen. Aber ich glaube, auch wenn man Fragen stellt, können die Fragezeichen die Bedeutung der Charta insgesamt in ihren zentralen Botschaften nicht schmälern. Ich kann hier nur drei nennen: die erschütternde, treffende Beschreibung dessen, was Vertreibung mit Menschen anstellt, die Erkenntnis, dass Vertreibung – egal mit welcher Vorgeschichte und welcher Begründung – immer ein massiver Verstoß gegen ein elementares Menschenrecht, nämlich das Recht auf Heimat, ist, das Bekenntnis zum Wiederaufbau, zur Integration, zu Europa und zur Aussöhnung. – Das sind fundamentale Grunderklärungen in der Charta, die bis heute Bestand haben.

Was ist der Auftrag der Charta an uns heute in der Politik? – Nach wie vor die Anerkennung des Unrechts und des Leids der deutschen Heimatvertriebenen – die Heimatvertreibung ist einer der am tiefsten gehenden Einschnitte in die menschliche Identität – die Anerkennung der Lebensleistung der Heimatvertriebenen, auch und gerade hier in Bayern; Bayern würde ohne die Aufbauleistung der Heimatvertriebenen anders dastehen.

Eine zentrale Forderung bleibt nach wie vor, die geschichtliche Wahrheit anzuerkennen. Das gilt für uns.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit?

Volkmar Halbleib (SPD): Das gilt aber auch für unsere Partner in Mittel- und Osteuropa. Natürlich kann nur Europa die zerstörerische Kraft des Nationalismus und des Rechtspopulismus überwinden.

Ganz zum Schluss und ganz wichtig: Flucht und Vertreibung sind keine historischen Phänomene, sondern die bedrückendsten Herausforderungen unserer Zeit; wir haben gerade eben darüber gesprochen. Wenn wir es als Anstoß nehmen, dass wir Vertreibung ächten, alles zu tun, damit Menschen in ihrer Heimat bleiben können, und denen mit Empathie zu helfen, die heute aus ihrer Heimat vertrieben werden, dann hat es Sinn, die Charta wieder in den Mittelpunkt unserer Diskussion zu stellen, speziell zum 70. Geburtstag dieser Charta. – Danke schön für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner macht sich schon der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion auf den Weg. – Bitte schön, Herr Kaltenhauser, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorletzte Redner hat eben den Unterschied gezeigt zwischen dem Zusammensam-

meln von einzelnen historischen Fakten und der korrekten politischen und historischen Einordnung. – Vielleicht haben wir an der Stelle noch einen Bildungsauftrag.

Lassen wir es bei dem Thema "70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" – das war der Anlass dafür. Der Antrag besteht letztendlich aus zwei Teilen: auf der einen Seite einer Würdigung der Charta, auf der anderen Seite Folgerungen, die wir daraus ziehen können, insbesondere im Hinblick auf unser Bildungssystem. Das Entscheidende der Charta sind – wie schon mehrfach genannt – im Prinzip drei Grundsätze. Der eine ist Verzicht auf Rache und Vergeltung. Der zweite ist das Bekenntnis zu einem freien und geeinten Europa. Der dritte ist eine Verständigung zwischen Staaten, Völkern und Volksgruppen, ausdrücklich auch so formuliert.

Jetzt ist die Charta, die übrigens gar nicht so lang ist – sie soll nur 420 Wörter haben – in Wortwahl und Duktus natürlich ein Dokument der damaligen Zeit. Da sind auch Formulierungen drin, die man heute nicht mehr verwenden würde. Das ist völlig in Ordnung. Das muss man einfach historisch einordnen.

Natürlich muss man zuallererst sagen, dass dieser Grundsatz, Verzicht auf Rache und Vergeltung, 1950 gefordert wurden. Das muss man sich mal vorstellen. Ich habe insofern ein bisschen eine Beziehung dazu, als mein Schwiegervater gemeinsam mit seiner Mutter aus dem Sudetenland vertrieben wurde. Unter dem Eindruck dessen, was mir die Mutter meines Schwiegervaters sozusagen erzählt hat, was sie dort erlebt hat, wenige Jahre danach so eine Charta zu schreiben und zu verzichten, obwohl es innerlich noch brodelt, ist eine wahnsinnige Leistung. Das muss man wirklich sagen. Das ist in der historischen Einordnung absolut unglaublich. Die Kollegin hat schon Herrn Heuss zitiert, der das als Dokument der Weisheit und des Mutes bezeichnet hat. Es ist auch eine Formulierung enthalten, in der die Rede von einer Forderung ist, dem Recht auf Heimat. Das hat man am Anfang immer als Recht auf Rückkehr interpretiert. Ich glaube, die Vertriebenenverbände haben das inzwischen schon sehr stark zurückgenommen. Nein, das ist noch zu wenig; diese Forderung gibt es eigentlich nicht mehr.

Die Heimatvertriebenen bezeichnen sich als vom Leid und von der Zeit als am schwersten betroffen. Das muss man auch vor dem historischen Hintergrund sehen. Ich glaube, es ist insgesamt eine Wahnsinnsleistung, zu diesem Zeitpunkt eine solche Charta abzufassen.

Im Übrigen fand ich auch ganz interessant – ich habe das bei der Vorbereitung erst gelernt –, dass am Tag zuvor von Vertretergruppen der Vertriebenen aus Tschechien und Deutschland ein sogenanntes Wiesbadener Abkommen geschrieben wurde. Darin hat man sich zum Beispiel ganz vehement von einer Kollektivschuld verabschiedet. Das finde ich für die damalige Zeit auch eine enorme intellektuelle und persönliche Leistung. Der Staat und die ganze Gesellschaft haben mehrere Jahrzehnte fast immer das Volk in den Vordergrund gestellt. Dass damals formuliert wurde: Wir fordern die Bestrafung der Hauptschuldigen, aber wir reden nicht von einer Kollektivschuld, ist eine wahnsinnige Leistung.

Ich glaube, es wurde heute oft genug gesagt: Die Heimatvertriebenen haben das umgesetzt und ihre Versprechen gehalten; ich brauche das daher nicht mehr zu wiederholen.

Allerdings wollte ich noch auf einen Punkt eingehen. Der Antrag enthält konkrete Vorschläge, was im Schulbetrieb, im Unterricht möglicherweise stärker herangezogen werden sollte. Ich möchte einfach der Wahrheit die Ehre geben. Im Lehrplan des G 8 sind zum Beispiel für das Thema Nachkriegszeit 14 Unterrichtsstunden vorgesehen. Dabei sind die Themen Besatzungsherrschaft, staatlicher Neubeginn am Beispiel Bayerns, Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern, zum Beispiel Sudeten-deutscher, Schlesier, usw. zu behandeln. Was hier gefordert wird, steht also eigentlich schon alles im Lehrplan; das muss man ehrlich sagen.

Ich hätte mir sogar noch ein wenig mehr vorgestellt, nämlich dass eine politische Einordnung etwas stärker hinzukommt. Bei den Nationalismen, die wir inzwischen wieder rundherum erleben, muss die Geschichte noch viel stärker als Mahnung gelten. Hätte

man noch stärker gefordert, den Lehrplan in diese Richtung, in diese historische Einordnung auszuarbeiten, nicht nur die Fakten und auch keine Heroisierung von irgendwelchen Volksgruppen,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – dann hätte ich mich noch viel leichter getan. Wir werden dem Antrag aber selbstverständlich auch so zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir würdigen heute mit der Charta von vor 70 Jahren eine wahrhaft historische Leistung der deutschen Heimatvertriebenen. Ich will nicht wiederholen, was die Vorredner bereits gesagt haben, und würde mich sehr freuen, wenn der Antrag – so, wie es jetzt aussieht – sogar einstimmig verabschiedet würde. Frau Kollegin Demirel, ich habe Sie so verstanden, dass Sie entgegen der Haltung in den Ausschüssen mit gewissen Einschränkungen zustimmen werden. Ich halte das für berechtigt.

So kurz nach Kriegsende und so kurz nach der aktiven Phase der Vertreibung war das wirklich eine bahnbrechende Leistung. Bis 1949, 1950 gab es noch die Ausläufer der Vertreibung. Die Hochphase war 1946, das wissen wir, aber bis 1947, 1948 kamen noch Vertriebene. Erst ab 1950, 1951 gilt die Vertreibung als abgeschlossen. Das heißt, wir waren eigentlich in der heißen Phase, und in genau dieser Zeit hat man auf Rache und Vergeltung verzichtet und ein geeintes Europa angemahnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu muss ich aber auch eines sagen: Wenngleich es jetzt nach einer einstimmigen Verabschiedung aussieht, macht es mich schon sehr

betroffen, was der Kollege von der AfD ausgeführt hat. Er hat den Sinn der Charta nicht erkannt, hat sie eigentlich gegenläufig interpretiert.

Die Nummer 2 dieser Charta lautet:

Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

Ich frage mich, wie er da eine europäische Einigung als Ziel verneinen kann. Das ist eine historische Blindheit, wie sie schlimmer nicht mehr geht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, blicken wir in andere Regionen dieser Welt, in denen Ereignisse, die 70 Jahre und zum Teil schon länger zurückliegen, bis heute für Unruhe sorgen. Denken Sie nur an den Nahen Osten. Dort sorgen die mangelnde Erkenntnisbereitschaft hinsichtlich der eigenen Verfehlungen und die mangelnde Bereitschaft zur Vergebung bis heute für Unruhe. Man könnte noch weitere Beispiele aus der Welt zitieren. Das heißt, ohne diese Leistung der Heimatvertriebenen könnten wir auch in Deutschland, in Europa Unruheherde haben.

In der Vergangenheit wurde immer wieder gewürdigt, dass gerade die Charta dazu beigetragen hat, Radikalisierungen zu vermeiden. Nicht nur die allgemeine schwierige Lage in Deutschland nach dem Krieg, sondern auch die desolante Lage der Heimatvertriebenen – der Verlust der Heimat, des Eigentums, der Verlust von Verwandten, zum Teil gab es Vergewaltigungen – hätte jeden Anlass gegeben, sich zu radikalisieren. Genau das Gegenteil ist aber geschehen. Man hat als Motto "Anpacken" gehabt, man hat als Motto "Europa" gehabt. Darüber hinaus hat man Versöhnung angeboten.

Mein Vorredner Dr. Kaltenhauser hat es gesagt: Natürlich gibt es Formulierungen, die man heute nicht mehr verwenden würde; das ist sicherlich richtig. Man würde ein Schuldbekenntnis sicherlich deutlicher formulieren, und zwar ein eigenes Schuldbekenntnis.

kenntnis und nicht nur das allgemeine Leid der Zeit thematisieren. Man würde auch überlegen, ob das wirklich die am stärksten betroffene Opfergruppe ist. Wenn man den kompletten Komplex "Drittes Reich und Nachkriegszeit" nimmt, gibt es mit den Juden und anderen natürlich deutlich stärkere betroffene Opfergruppen. Bezieht man das aber nur auf die Nachkriegszeit in Deutschland, ist das natürlich die am stärksten betroffene Gruppe.

Bereits der frühere Bundeskanzler Schröder hat formuliert, die Heimatvertriebenen hätten in der Nachkriegszeit ein separates Opfer erbracht – es waren nicht nur der verlorene Krieg und die desolate Lage, sondern es gab auch den Verlust der Heimat und die Leiden, die damit verbunden waren. So muss man das Ganze auch deuten, und deshalb verstehe ich nicht, dass es heute immer noch Menschen gibt, auch Historiker, die die Charta kritisch sehen, weil sie sie nicht richtig in die Zeit einordnen.

Für mich ist auch ganz entscheidend, dass die junge Generation stärker an diese Thematik herangeführt wird. Fragen Sie einmal bei den jüngeren Leuten nach, was sie von der Charta der Heimatvertriebenen wissen. Ich schätze, 80 % bis 90 % können mit dem Begriff nichts anfangen. Wir sollten das lebendig machen und in den Unterricht hineintragen, und zwar auch mit Zeitzeugen. Wir haben daher im Rahmen des Haushaltes ein Projekt angestoßen, mit dem wir Zeitzeugnisse digitalisieren, Zeitzeugen interviewen und das im Unterricht lebendig machen wollen. Ich glaube, das ist ganz, ganz entscheidend.

Ich zitiere Gerhard Schröder sonst nicht gerne, lieber Kollege Halbleib.

(Zuruf)

Er hat jedoch zum 50-jährigen Jubiläum der Charta gesagt, diese Charta habe eine große friedensstiftende Bedeutung als Signal an die Welt. Die Vertriebenen seien Opfer gewesen, und zwar in erster Linie Opfer der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten. Auch das muss an dieser Stelle gesagt werden; denn ohne diese verbrecherische Politik hätte es den Krieg und die Vertreibung in dieser Art nicht gegeben.

Als letzten Punkt habe ich noch einen Hinweis. Wer ein Schuldbekenntnis vermisst: Es gibt ein Gebet der Heimatlosen von Pater Paulus Sladek. Das wurde ab 1947 hunderttausendfach bei Wallfahrten der Heimatvertrieben verteilt. Darin ist bereits ein deutliches Schuldbekenntnis enthalten – natürlich im kirchlichen Rahmen, die waren da immer früher dran –, und aus meiner Sicht war das auch der richtige Zeitpunkt. Das wurde später natürlich von den Landsmannschaften und von den Vertriebenenorganisationen entsprechend aufgenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, wenn wir jetzt diese Würdigung der Charta einstimmig verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Jetzt kann sich der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda schon auf den Weg machen. Herr Swoboda, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Abkömmling von jemandem, der so alt ist wie diese Charta der Vertriebenen, meine ich, dass es gar nicht so wichtig ist, wie geschliffen die Worte in irgendwelchen Papieren sind, sondern es ist wichtig, was die Menschen, die das einmal gelesen haben, daraus machen. Verzicht auf Rache und Vergeltung: Ja, das war wichtig und richtig. Das ist es auch heute noch und wurde auch bis heute so gelebt, keine Frage.

Es hätte auch anders sein können, wenn sich diese Leute von damals, diese Malträtigten und Geschändeten, dem alttestamentarischen Bibelspruch "Auge um Auge, Zahn um Zahn" gefolgt wären. Dann hätte es keinen Frieden gegeben, und es gäbe auch keine Chance dafür. Wir sehen das in anderen Teilen der Welt. Das ist heute schon angesprochen worden.

Herr Kreuzer, das ist schon ein guter Antrag, den Sie mit Ihrer Fraktion gestellt haben. Es ist wichtig, auf Versöhnung aufmerksam zu machen und diese einzufordern. Das heißt, dass man verzichten muss. Das heißt aber auch, dass alle Beteiligten, auch wir, verzeihen können müssen.

Wenn in der europäischen Schuldenunion, die zu erwarten ist, noch Kraft für die Einigung Europas sein sollte, dann wäre es an der Zeit, die Bereitschaft für Frieden und Versöhnung zu schaffen. Meine lieben, sehr verehrten Damen und Herren, wie auch immer es kommen wird, es gibt einen Lichtblick. Die Nachgeborenen, die nach dieser schwierigen Zeit geboren sind, haben keine Altlasten und brauchen auch keine Erinnerung. Sie leben das, was wir uns wünschen. Sie leben den Frieden und sind längst versöhnt. Wenn Sie unter junge Leute gehen und darüber diskutieren, dann wissen Sie, dass sie dazu auch keinen Schulunterricht brauchen. – Ich danke Ihnen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Annahme des Antrags. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/8020 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? –

(Zuruf)

– Zwei Enthaltungen bei der AfD-Fraktion, okay. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.